



Polizeidirektion Hannover, Postfach 4709, 30047 Hannover

Landeshauptstadt Hannover
Jugend- und Sozialdezernat
z.Hd. Frau Teschner - per Email -
Trammplatz 2

30159 Hannover

Bearbeitet von Monika Taut
praevention@pd-h.polizei.niedersachsen.de

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom
11.1

Telefon (0511) 109 -
1111

Datum
31.08.2009

Anhörung zum Thema der KFN Studie „Sind Freizeitzentren eigenständige Verstärkungsfaktoren der Jugendgewalt?“ am 24.08.2009
hier: Protokollbeitrag der Polizeidirektion Hannover

Bezug: Diesbezügliche Abstimmung in der Sitzung

Sehr geehrte Frau Teschner,

anliegend (ab Seite 2 dieses Schreibens) übersende ich Ihnen vereinbarungsgemäß den hiesigen Beitrag zum o.g. Thema für Ihr Sitzungsprotokoll.

Mit freundlichem Gruß
im Auftrage

- M. Taut -
Kriminalhauptkommissarin



Dienstgebäude
Waterloostraße 9
30169 Hannover
Paketanschrift
Hardenbergstraße 1
30169 Hannover

U-Bahn
 Waterloo
Linien 3, 7, 9
Bus
 Waterloooplatz
Linie 120

Telefon
0511 109-0
Telefax
Mo.-Fr. 7-15 Uhr
0511 109-1020
nach Dienstschluss
0511 109-1280

E-Mail
poststelle@pd-h.polizei.niedersachsen.de
Internet
www.polizei.niedersachsen.de/dst/pdhan/

Bankverbindung
Nord/LB (BLZ 250 500 00) Konto 106 020 944
IBAN: DE73 2505 0000 0106 0209 44
SWIFT-BIC: NOLA DE 2H

Protokollbeitrag der Polizeidirektion Hannover

Allgemeines

Einleitend ist zu der seitens des KFN erstellten Studie, inwieweit Freizeitzentren eigenständige Verstärkungsfaktoren der Jugendgewalt darstellen, darauf hinzuweisen, dass der Polizei grds. keine statistischen Daten/Auswertungen, die einen Zusammenhang zwischen Jugenddelinquenz und dem Aufenthalt im Jugendzentrum nachvollziehbar belegen (kein Auswertemodus) zur Verfügung stehen.

Die Polizei nutzt als Datenbasis für polizeiliche Auswertungen und Analysen die so genannte „Polizeiliche Kriminalstatistik“ (PKS) sowie die Straftaten - Eingangsstatistik. Etwaige Kriminalitätsbelastungen lassen sich auf Stadtteile, Straßenzüge, Hausnummern statistisch „herunterbrechen“, nicht jedoch auf die Tatörtlichkeit „Jugendzentrum“.

Auch wenn seitens der Polizeidirektion Hannover keine Aussage dahingehend möglich ist, inwieweit die jungen Menschen in Jugendzentren ihre Taten verabreden (...wenn wir es wüssten, würden wir entsprechend vorgehen), halten wir die Motivation und die Gelegenheit, sich zu delinquentem Verhalten zu verabreden umso größer, je mehr Langeweile, Frust, Perspektivlosigkeit hinzu kommen. Demzufolge lassen sich aus dieser Erkenntnis gewisse Anforderungen an die Jugendzentren hinsichtlich ihrer Ausstattung und ihres Angebots ableiten.

Kernaussagen aus Sicht der PD Hannover zu den Jugendzentren:

Die Polizeidirektion Hannover, insbesondere die Präventionsteams der Polizeiinspektionen mit ihren Beauftragten für Jugendsachen, ihren Beauftragten für Kriminalprävention sowie ihren JugendkontaktbeamtInnen arbeiten grds. sehr gut und eng mit den Jugendzentren in der LHH zusammen.

Auf dieser Zusammenarbeit basierend zeigt sich den vor Ort eingesetzten Polizeibeamtinnen und –beamten aktuell folgende Situation:

- Die Altersgruppe der Besucher liegt bei ca. 12 bis 13 Jahren, vielfach jedoch bei 14 bis 17 bzw. 18 Jahren. In einigen Jugendzentren halten sich z.T. auch Jungerwachsene (bis 27-jährige) auf; was letztendlich auch dem Aufgabenspektrum des Jugendamtes entspricht.
- Eine überproportional hohe Anzahl der Jugendzentrumsbesucher kommt aus problematischen Familiensituationen;
- Eine ebenfalls überproportional hohe Anzahl der Besucher verfügt über einen familiären Migrationshintergrund;
- Der Anteil deutscher Minderjähriger bzw. Jungerwachsener ist deutlich geringer;

- In den Jugendzentren halten sich zu einem Großteil auch die jungen Menschen auf, die bereits polizeilich bekannt geworden sind; u.a. auch die minderjährigen Intensivtäter;
- Vermehrt wird seitens der eingesetzten PolizeibeamtInnen berichtet, dass die Zahl der vor Ort in den Jugendzentren eingesetzten Mitarbeiter/Pädagogen reduziert worden ist; zum Teil ist nur noch 1 Mitarbeiterin/Mitarbeiter für die Besucher „zuständig“.
(Bsp: 1 Sozialpädagoge führt ein Bewerbertraining durch was macht der Rest der Zentrumsbesucher?)
- Neben der personellen Reduzierung im Bereich der Jugendzentrumsmitarbeiter wird darüber hinaus als problematisch angesehen, dass einige Jugendzentren in der Ferienzeit teilweise oder ganz geschlossen haben. So konnte in diesem Jahr z.B. ein Zusammenhang mit der Sommerferienschließung eines Jugendzentrums und der Häufung von Straftaten von bestimmten Jugendgruppen - die ursprünglich auch Jugendzentrumsbesucher sind - nachvollzogen werden. Nach Beginn des neuen Schuljahres gingen die Straftaten wieder zurück.
(Hinweis: Sicherlich hat zu dem Straftatenrückgang auch der erhöhte Kontrolldruck seitens der örtlich zuständigen Dienststelle beigetragen. Gleichwohl dürften „Langeweile“ und „Rumhängen“ in der Clique ein Ursachenfaktor für die eigentliche Straftatenbegehung gewesen sein.

Folgen der Umsetzung des Vorschlages aus der KFN – Studie aus Sicht der PD Hannover:

- Grds. scheint die Idee aus der KFN Studie verlockend jedoch, bei Auflösung eines Jugendzentrums im Stadtteil steht die Zuweisung der „frei werdenden“ Sozialpädagogen nicht im Verhältnis zu den in einem Stadtteil angesiedelten Schulen. Es würde also lediglich eine (bzw. max. 2) Schulen profitieren.
- Die Bezugsgruppe im Freizeitbereich wäre auf die Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schule begrenzt – das Jugendzentrum in einem Stadtteil bezieht junge Menschen über Schulgrenzen hinaus mit ein.
- Die Forderung, mehr „Durchmischung an Schulen“ wäre - im Interesse gleicher Chance / keine Abhängigkeit vom sozialen Status - sehr wünschenswert. Dies sollte jedoch unabhängig des Bestehens von Jugendzentren erfolgen
- Jugendzentren leisten bei allen engen personellen Ressourcen immer noch einen wichtigen Beitrag als „Anlaufstelle“ für jungen Menschen. Vielfach entsteht eine Vertrauensbasis zu den verantwortlichen Pädagogen des Jugendzentrums , so dass sich die jungen Menschen sowohl zu familiären als auch zu schulischen Problemen öffnen und diese mitteilen. Beratung und Begleitung des jungen Menschen i.R. der Problemlösung wird möglich.
Bei einem ausschließlichen Bezug in den Bereich „Schule“ bleiben die jungen Menschen unberücksichtigt, die z.B. Probleme in/mit der Schule haben.

Auch wird jemand der z.B. die Schule schwänzt, sich dort nicht nachmittags in ein Freizeitangebot begeben. Es erhöht sich demzufolge das Risiko, dass er/sie anderswo „abhängt“ und den sozialen Strukturen noch mehr entgleitet.

Fazit

Im Ergebnis spricht sich die Polizeidirektion für die Beibehaltung von Jugendzentren aus. Sie leisten einen wichtigen Beitrag in Bezug auf die Zielgruppe. Allerdings ist aus hiesiger Sicht entscheidend, dass das Angebot und die Anzahl der vor Ort eingesetzten Pädagogen der Besucherzahl sowie der Altersgruppe entsprechend angemessen ist.

Des Weiteren sollte es ein erklärtes Ziel sein, die Attraktivität der Jugendzentren über die jetzige Klientel hinaus zu steigern. Jugendzentren sollten Treffpunkt für junge Menschen unabhängig einer bestimmten Schulform oder einer bestimmten sozialen Gesellschaftsschicht werden. Das Stigma „...dort gehen ja nur Ausländer und Jugendliche aus Problemfamilien hin...“ muss durchbrochen werden.

Monika Taut
Kriminalhauptkommissarin
Polizeidirektion Hannover
Dezernat 11 / Jugenddelinquenz und Prävention